

Themenjahre im deutsch-russischen Jugendaustausch: Eröffnungskonferenz

**70 Jahre nach Ende des 2. Weltkriegs:
Jugendaustausch – Verständigung – Gemeinsame Zukunft**

4. – 8. Juni 2015, Moskau

Eröffnungsveranstaltung, 5. Juni 2015, Zentralmuseum des Großen Vaterländischen Krieges

**Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und die nationalsozialistische
Gewaltherrschaft im wiedervereinigten Deutschland**

Überlegungen zu einer postheroischen Erinnerungskultur und ihren Herausforderungen

Birgit Schwelling

Vor gut vier Wochen wurde in vielen Ländern der Welt anlässlich des 70. Jahrestages dem Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht. Dass rund um den Globus an dieses Ereignis erinnert wird, ist darauf zurückzuführen, dass es sich beim Zweiten Weltkrieg um einen globalen Krieg handelte, der auf einem größeren Gebiet und mit größerer Gewalt geführt worden war als jeder vorherige Krieg in der Geschichte. Auch wenn sich Unterschiede in den jeweiligen Gedenkzeremonien der einzelnen Länder finden, lassen sich doch auch zahlreiche ähnliche Formen und Rituale des Erinnerns erkennen. In vielen Ländern stehen neben den Opfern des Krieges die Helden der Befreiung im Zentrum des Gedenkens, zum Teil herrscht eine geradezu ausgelassene und fröhliche Stimmung auf den Straßen und bei den Paraden, und die Menschen haben auch 70 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft über weite Teile Europas allen Grund, ihre Befreiung von diesem verbrecherischen Regime zu feiern.

Die Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland unterscheidet sich jedoch grundlegend von der in anderen Ländern, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass dieser Krieg von den Deutschen, genauer gesagt vom nationalsozialistischen Regime, angezettelt wurde, dass er insgesamt mehr als 50 Millionen Menschenleben kostete und mit einer totalen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht endete. Hinzu kommt, dass sich die Deutschen *nicht* selbst vom nationalsozialistischen Regime befreit haben. Bundestagspräsident Norbert Lammert hat bei der diesjährigen Gedenkstunde zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Bundestag daher zurecht darauf hingewiesen, dass „der Fall, den die Deutschen erlebten, tatsächlich nicht tiefer sein konnte, politisch, ökonomisch und moralisch.“¹

¹ Begrüßung von Bundestagspräsident Lammert zur Gedenkstunde 70. Jahrestag Ende des Zweiten Weltkrieges 8. Mai 2015, <http://www.bundestag.de/bundestag/praesidium/reden/2015/004/373854>

Ich betone diese Ausgangslage, weil nur vor diesem Hintergrund verstanden werden kann, weshalb sich die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland von dem in allen anderen gedenkenden und erinnernden Ländern unterscheidet. Wie ein Blick auf Japan zeigt, vermag allein das Ereignis des Kriegsendes allerdings noch nicht zu erklären, warum die Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland in einem lang anhaltenden, schwierigen, sich manchmal in schmerzhafter Langsamkeit vollziehenden und von unzähligen Konflikten geprägten Prozess zu dem geworden ist, was wir anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges beobachten oder vielleicht sogar mit gestalten konnten: Zu einer postheroischen Erinnerungskultur, die das Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes in ihr Zentrum rückt und die sich selbstkritisch der deutschen Schuld und der daraus resultierenden Verantwortung stellt.

Ich möchte Ihnen in den kommenden 30 Minuten einen Einblick in die wichtigsten Inhalte und Merkmale dieser postheroischen Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland geben und anhand ausgewählter Schlaglichter auch auf die damit verbundenen Herausforderungen zu sprechen kommen. Ich habe mich für dieses exemplarische Vorgehen entschieden, weil es sich bei der Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg um ein ausgesprochen komplexes Phänomen handelt, und dies aus verschiedenen Gründen.

Erstens blicken wir heute auf einen Zeitraum von 70 Jahren zurück, in welchem sich die Erinnerungen an den Krieg und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ausgebildet, konturiert und mehrfach gewandelt haben. Denn auch Erinnerungskulturen haben eine Geschichte, das heißt sie sind nicht einfach und automatisch vorhanden, sondern sie entstehen durch häufig kontroverse gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen und sie sind Wandlungsprozessen unterworfen. Insofern existiert nicht nur *eine* oder gar *die*

Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg; vielmehr lassen sich Phasen und Konjunkturen des Erinnerns unterscheiden, und je nachdem, welchen Zeitraum wir in den Blick nehmen, werden wir auf verschiedene Inhalte und Akteure, Motive und Schwerpunkte des Erinnerns stoßen.

Die Komplexität wird, zweitens, dadurch noch erhöht, dass Erinnerungskulturen – zumal in pluralistischen Gesellschaften – niemals monolithisch und einheitlich sind, sondern aus vielen und vielfältigen Facetten bestehen. Es gibt das kommunikative Gedächtnis derjenigen, die den Zweiten Weltkrieg selbst erlebt haben und diese Erinnerungen mit ihren Zeitgenossen teilen. Dies unterscheidet die Erlebnisgeneration von den Nachgeborenen, denen die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten nur durch die Erzählungen der Zeitzeugen oder durch mediale Darstellungen zugänglich ist, die aber dennoch an dieser Erinnerung partizipieren, wenn auch in anderer Weise als diejenigen, die den Zweiten Weltkrieg selbst erlebt haben. Wir unterscheiden individuelle von sozialen Erinnerungen, wenngleich beide Formen stets aufeinander verwiesen sind und sich gegenseitig beeinflussen. Wir kennen das Phänomen der Familienerinnerungen ebenso wie das Generationengedächtnis, und wir unterscheiden öffentliche, in verschiedenen Medien wie etwa Filmen, Literatur und Ausstellungen kommunizierte oder in öffentlichen Diskursen kontrovers diskutierte Vergegenwärtigungen des Vergangenen von solchen, die dem offiziellen, also staatlich sanktionierten Gedächtnis zugeordnet werden können. Je nachdem, welche dieser zahlreichen Formen und Ebenen wir in den Blick nehmen, werden uns unterschiedliche Facetten und Dimensionen der Erinnerungskultur begegnen.

Die Komplexität der Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland wird, drittens, dadurch noch erhöht, dass zwischen 1949 und 1989/90 bekanntlich zwei deutsche Staaten existierten, deren

Erinnerungskulturen nicht unterschiedlicher hätten sein können, zumindest was die öffentlichen und offiziellen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg angeht. Die offizielle DDR beging den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ und zeitweise war dieser Tag im östlichen Teil Deutschlands sogar ein Feiertag. Wie der vor einigen Jahren verstorbene Soziologe Rainer Lepsius einmal bemerkte, hat das DDR-Regime die nationalsozialistische Vergangenheit „universalisiert“ und damit externalisiert,² was bedeutet, dass Schuld und Verantwortung nicht angenommen, sondern an die Bundesrepublik delegiert wurden. Etabliert hatte sich eine antifaschistische Heldenerzählung, die bis zum Ende der DDR Bestand haben sollte. Die von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen – so schrieb der berühmte, aus der DDR stammende Schriftsteller und Dissident Jurek Becker einmal mit ironischem Unterton – „waren die Verbrechen der anderen. [...] Faschismus hatte nichts mit uns, den DDR-Menschen, zu tun, auf wunderbare Weise hatten wir uns der Tatsachen entledigt. Filme über die Nazizeit waren immer Filme über den antifaschistischen Widerstand; der Schulunterricht über die Nazizeit war kein Unterricht über unsere jüngste Geschichte, er handelte stets von den Untaten dieser schrecklichen *aliens*, die wir, die Antifaschisten, mit etwas Unterstützung durch die Rote Armee, besiegt hatten. Von zehntausend Antifaschisten, die es in Nazideutschland gegeben haben mag, lebten allein acht Millionen in der DDR.“³

Im Unterschied dazu hat die Bundesrepublik die Schuld für die begangenen Verbrechen „internalisiert“ und die daraus resultierende Verantwortung angenommen, um nochmals Rainer Lepsius zu zitieren. Dies geschah selbstverständlich nicht über Nacht, sondern ist das Ergebnis eines langwierigen, über Jahrzehnte andauernden, schmerzhaften Prozesses, und es bedurfte heftiger politischer, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Kontroversen, damit diese

² Rainer Lepsius: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des Großdeutschen Reiches, in: Max Haller et al. (Hrsg.): Verhandlungen des Deutsch-Österreichischen-Schweizerischen Soziologentages, Frankfurt a.M. 1989, S. 247-264.

³ Jurek Becker: Mein Vater, die Deutschen und ich, in: Die Zeit vom 20. Mai 1994, S. 58.

Haltung sich nicht nur im öffentlichen Diskurs durchsetzen konnte, sondern auch zum festen Bestandteil des politisch-offiziellen Gedenkens wurde. Festhalten lässt sich auch, dass sich diese Form des Erinnerns nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gegenüber der in der DDR gepflegten Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg durchsetzte. Eine wichtige Station auf dem Weg der Konturierung dieses offiziellen Verständnisses des Kriegsendes stellte die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 dar, in der er den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ auch für die Deutschen bezeichnete,⁴ damit allerdings *nicht*, wie es die offizielle Erinnerung in der DDR wollte, die Befreiung von „Anderen“ meinte, sondern die Befreiung der Deutschen *von sich selbst*, und zwar durch die Alliierten. Weizsäcker sagte auch, dass der 8. Mai „für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das [ist], was Menschen erleiden mussten. Es ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.“

Dreißig Jahre später können wir festhalten, dass der von Weizsäcker formulierte Anspruch zur weithin geteilten Grundlage der Erinnerungskultur im wiedervereinigten Deutschland geworden ist. Im Zentrum dieser postheroischen Erinnerungskultur steht die Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, und die mediale Präsenz des Themas hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten eher zu- als abgenommen. Darüber hinaus hat sich ein selbstkritischer Modus des Nachdenkens über die deutsche Geschichte durchgesetzt, in dessen Rahmen das Erinnern an die deutschen Verbrechen als nicht abschließbarer Prozess gesehen und von einer generationenübergreifenden Verantwortung ausgegangen wird. Wer, wie beispielsweise rechtsextreme

⁴ Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8. Mai 1985 in Bonn, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Redde.html.

Gruppierungen, gegen diesen weithin geteilten Konsens verstößt, positioniert sich heute außerhalb der Grenzen des öffentlich Sagbaren.

Aber was bedeutet das eigentlich genau: eine postheroische Erinnerungskultur, die das Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes in ihr Zentrum rückt und die sich selbstkritisch der deutschen Schuld und der daraus resultierenden Verantwortung stellt? Diese Frage lässt sich wohl am Besten beantworten, wenn wir einige der gesellschaftspolitischen und kontroversen Debatten um die Ausrichtung dieser Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg genauer in den Blick nehmen. Diese Debatten sind aufschlussreich, weil in ihrem Rahmen öffentlich ausgehandelt wird, welche Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wir als Gesellschaft pflegen wollen. Es geht in solcherlei Diskussionen also auch stets darum, das kollektive Selbstverständnis der Nation auszuhandeln und in Form von Denkmälern oder anderen öffentlich sichtbaren Erinnerungszeichen festzuhalten und zu dokumentieren. Ich werde mich dabei auf Debatten konzentrieren, die in den 1990er- und 2000er-Jahren, also im wiedervereinigten Deutschland geführt wurden. In diesem Zeitraum wurde in Deutschland besonders intensiv über die Inhalte und Formen des Erinnerns an den Zweiten Weltkrieg und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft diskutiert.

Eine Frage, die sich durch zahlreiche Debatten in den 1990er- und 2000er-Jahren zog, war die nach den Opfern. Wie die vielen kontroversen Diskussionen zeigen, ist diese Frage nur auf den ersten Blick einfach zu beantworten. Es herrschte im öffentlichen Diskurs keineswegs Einigkeit darüber, wer eigentlich zu den Opfern des Krieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu zählen ist und welchen Opfern in welcher Form im öffentlichen Raum gedacht werden sollte. Diese Fragen wurden unter anderem im Zusammenhang mit dem am 12. Mai 2005 in Berlin nach einem fünfzehnjährigen Prozess der Diskussion,

Planung und Realisierung eröffneten *Denkmal für die ermordeten Juden Europas* diskutiert. Es gibt heute unzählige Mahnmale, die in Deutschland an den Holocaust erinnern, aber das auf eine zivilgesellschaftliche Initiative zurückgehende Denkmal stellt den zentralen Erinnerungsort an die Ermordung der europäischen Juden dar, nicht nur aufgrund seiner beeindruckenden Dimensionen und seines Standorts im Zentrum von Berlin zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz, sondern auch, weil es auf Beschluss des Bundestages gebaut wurde. Das abstrakt gehaltene Denkmal besteht aus rund 2.700 begehbaren, in einem Raster angeordneten Betonstelen unterschiedlicher Höhe. Es ist ausschließlich den jüdischen Opfern gewidmet, und dieser Umstand hat bereits in der Planungsphase zu erheblicher Kritik geführt. Insbesondere Vertreter von nicht-jüdischen Opfergruppen, unter anderem der Zentralrat der Sinti und Roma, haben sich zu Wort gemeldet, ihren Ausschluss aus diesem Gedenken kritisiert und eine Erweiterung des Adressatenkreises des Denkmals um weitere Opfergruppen gefordert. Dieser Forderung wurde allerdings nicht nachgekommen. Stattdessen finden wir heute in unmittelbarer Nähe des Denkmals für die ermordeten Juden Europas weitere Mahnmale, die jeweils gesondert an einzelne Opfergruppen erinnern. Am 27. Mai 2008 wurde das *Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen* der Öffentlichkeit übergeben, am 24. Oktober 2012 folgte das *Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma* und am 2. September 2014 der *Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde*.

In diesem Diskussions- und Aushandlungsprozess finden wir das sensible Thema der Hierarchisierung von Opfergruppen, aber auch das Thema der Opferkonkurrenz angesprochen. Ist es angemessen, den verschiedenen Opfergruppen jeweils gesondert zu gedenken oder wird dadurch eine Hierarchie zwischen den Opfergruppen hergestellt? Während in diesen Debatten die Nicht-

Einbeziehung in das Opfergedenken zum Problem wurde, zeigt eine weitere Debatte um ein Denkmal, dass auch das umgekehrte Vorgehen – nämlich die *Inklusion* aller Opfergruppen – zum Problem werden kann. Es handelt sich um die im Jahr 1993 in ihrer heutigen, umgestalteten Form der Öffentlichkeit übergebene *Gedenkstätte Neue Wache*, die heute als zentrales Mahnmal „für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ dient. Die Neue Wache ist kein neues Gebäude, sondern wurde bereits zwischen 1816 und 1818 als Gedenkstätte für die Gefallenen der napoleonischen Kriege errichtet und danach mehrfach umgestaltet. Zwischen 1818 und 1918 beherbergte das Gebäude die Königliche Wache, ab 1931 diente er als Gedenkraum für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs. In der DDR war der Raum der Erinnerung an die „Opfer von Militarismus und Faschismus“ gewidmet. Im Zentrum der heutigen Gedenkstätte steht die Skulptur *Mutter mit totem Sohn*, die Käthe Kollwitz bereits im Jahr 1938 in kleinerer Form geschaffen hatte. Diese Ausgestaltung, die auf einen Vorschlag des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl zurückgeht, wurde vielfach kritisiert. Die Kritiker stießen sich insbesondere an der Inschrift „Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“, weil sie unspezifisch ist und nicht zwischen zwei Alternativen – dem Opfer *für etwas* und dem Opfer *durch etwas* – unterscheidet und damit die gefallenen deutschen Soldaten mit den von den Nationalsozialisten Ermordeten in einem Atemzug nennt. Hier wird deutlich, dass nicht nur exklusives, sondern auch inklusives Gedenken zum Problem werden kann. Aufgrund dieser Kritik wurde vor der Neuen Wache eine zusätzliche Tafel angebracht, auf der die verschiedenen Opfergruppen einzeln benannt werden.

Die beiden aufgezeigten Diskussionsstränge – also zum einen die Frage, an welche Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in welcher Form gedacht werden soll, und zum anderen die Frage der angemessenen Thematisierung der deutschen Opfer – also der gefallenen Soldaten, der

Bombenkriegsopfer, der Vertriebenen und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten – begleiten die Debatten um das Erinnern in Deutschland bis heute. Ich möchte nur zwei aktuelle Ereignisse nennen, an denen sich zeigen lässt, dass die Frage nach den Opfern keineswegs abschließend beantwortet ist.

Erstens: Bundespräsident Joachim Gauck hat in diesem Jahr anlässlich des 70. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs das Leid der sowjetischen Völker und die Opfer ihrer Soldaten in den Mittelpunkt des Gedenkens gerückt. Insbesondere erinnerte er an die rund 5,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich, von denen nicht einmal die Hälfte überlebt hat. Er bezeichnete den Tod von Millionen Soldaten der Roten Armee in deutscher Kriegsgefangenschaft als „eines der größten Verbrechen des Zweiten Weltkriegs. [...] Millionen von Soldaten der Roten Armee sind in deutscher Kriegsgefangenschaft ums Leben gebracht worden – sie gingen an Krankheiten elendig zugrunde, sie verhungerten, sie wurden ermordet.“⁵ Dem Bundespräsidenten ging es auch darum, eine Opfergruppe zu würdigen, die bis heute „in einem Erinnerungsschatten“ liege, also nie angemessen ins Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit gelangt sei. Und es darf angenommen werden, dass in den kommenden Jahren noch weitere Schicksale von „vergessenen“ Opfern thematisiert werden.

Zweitens: Gerade ist eine historische Studie erschienen, die das Schicksal von vergewaltigten Frauen durch Soldaten der alliierten Streitkräfte bei Kriegsende untersucht.⁶ Darin zeigt die Historikerin Miriam Gebhart, dass mindestens 860.000 Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs durch Besatzungssoldaten vergewaltigt wurden. Gebhart bricht damit nicht nur ein jahrzehntlanges Tabu,

⁵ Bundespräsident Gauck bei der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 6. Mai 2015 in Schloß Holte-Stukenbrock, <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2015/05/150506-Holte-Stukenbrock.pdf>.

⁶ Miriam Gebhart: Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs, München 2015.

sondern sie zeigt auch auf, dass diese Verbrechen kaum geahndet wurden und dass es kein Mitgefühl mit den Opfern gab. Dass dieses bedrückende Thema lange Zeit tabuisiert war, hat natürlich viele Gründe, allen voran die Scham der vergewaltigten Frauen selbst. Aber es spricht einiges dafür, dass es nach wie vor politisch und gesellschaftlich schwierig ist, die Deutschen im Kontext des Kriegs als Opfer zu sehen, weil damit stets die Gefahr verbunden ist, die Verbrechen der Nationalsozialisten zu relativieren. Aber das Beispiel zeigt, dass auch hinsichtlich der deutschen Opfer noch Diskussions- und Aufklärungsbedarf besteht.

Neben dieser Frage nach dem angemessenen Erinnern an die Opfer war ein zweites Thema für die Erinnerungsdebatten der 1990er- und 2000er zentral: Das Thema der Täter. Wie die Debatten zeigen, ist auch die Frage, wer eigentlich zum Kreis der Täter zählt, nur auf den ersten Blick einfach zu beantworten. Anders als nach dem Ersten Weltkrieg war die Schuldfrage nach 1945 beantwortet. Öffentliche Kontroversen entzündeten sich daran nicht. Aber damit war noch nicht benannt, wer genau die Verantwortung für den Krieg und die Verbrechen zu tragen hatte. Hatten die Deutschen bloß auf Befehl von Hitler und seiner Führungsclique gehandelt oder nicht auch aus eigener Überzeugung? Was wusste der Einzelne vom Holocaust und den anderen von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen? Lange Jahre waren Deutungen dominant, die die Schuld am Krieg und an den Verbrechen allein Hitler und dem engsten Kreis der NS-Führung zuschrieben. Die Verantwortung der Eliten wurde lange Zeit ebenso wenig thematisiert wie die Begeisterung, die der Krieg zeitweise durchaus gefunden hatte oder die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust. Dies sollte sich spätestens in den 1990er-Jahren ändern, als das Hamburger Institut für Sozialforschung, eine unabhängige Forschungseinrichtung, 1995 anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes eine Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht veranstaltete. Darin wurde

insbesondere durch Fotografien und Briefe die Verstrickung der Wehrmacht in die nationalsozialistische Vernichtungspolitik in Osteuropa nachgewiesen. Der Forschung waren diese Tatsachen längst bekannt, aber in der breiten Öffentlichkeit war nach wie vor die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ vorherrschend. Die Ausstellung war über viele Jahre in zahlreichen Städten zu sehen, sie erreichte enorme Besucherzahlen und sie löste eine hochgradig emotional geführte, jahrelang anhaltende Debatte aus. Hier wurde zum ersten Mal vor einem breiten Publikum die im kollektiven Gedächtnis eingeschriebene Trennlinie zwischen der Wehrmacht mit ihren 18 Millionen Soldaten auf der einen Seite und den nationalsozialistischen Verbrechern auf der anderen Seite aufgebrochen. Die an der Ostfront begangenen Taten wurden zu Verbrechen von Jedermann. Die dadurch ausgelösten Auseinandersetzungen wurden nicht nur in den Medien über Jahre geführt, sondern reichten bis hinein in die Familien. Selbst der Bundestag beschäftigte sich in einer Sitzung mit der Ausstellung. Heute lässt sich konstatieren, dass sie entscheidend zum Aufbrechen der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ beigetragen hat.

Eine ähnlich starke Resonanz in der Öffentlichkeit hat im selben Zeitraum die Studie *Hitlers willige Vollstrecker* des amerikanischen Historikers Daniel Goldhagen hervorgerufen. Goldhagens These lautete, dass die Deutschen spätestens seit dem 19. Jahrhundert von einem „eliminatorischen Antisemitismus“ bestimmt gewesen seien, der ihnen die Juden als hassenswert habe erscheinen lassen. Unter den politischen Rahmenbedingungen des Nationalsozialismus seien die Deutschen schließlich bereit gewesen, Juden aus freien Stücken zu quälen und umzubringen. Hier waren es nicht mehr nur die Soldaten der Wehrmacht, sondern vielmehr ganz gewöhnliche Deutsche, die die Verbrechen begangen hatten. Wie bereits die Wehrmachtssaustellung löste auch Goldhagens Buch eine hochgradig emotionalisierte Debatte über die Frage aus, wer zu den Tätern zählte und ob von einer Kollektivschuld auszugehen sei.

Festhalten lässt sich, dass das von einer breiten Öffentlichkeit geteilte Wissen von den Verbrechen der Deutschen und den Motiven der Täter im Rahmen dieser beiden Debatten nicht nur differenzierter und dichter, sondern auch düsterer wurde.

Ich möchte abschließend ein drittes Schlaglicht werfen, das weniger mit den Debatten um die nationalsozialistische Vergangenheit befasst ist, sondern den Blick in die Gegenwart und Zukunft richtet und nach den Herausforderungen der postheroischen Erinnerungskultur in Deutschland fragt. Mitunter sind Stimmen von Beobachtern aus dem Ausland zu vernehmen, die der Erinnerungskultur in Deutschland ein ausgesprochen positives Zeugnis ausstellen, indem sie deren opferzentrierte und postheroische Grundzüge sowie die damit verbundene selbstkritische Herangehensweise an die deutsche Geschichte lobend hervorheben. In Deutschland selbst lassen sich neuerdings jedoch vermehrt kritische Stimmen vernehmen, die eine gewisse Unzufriedenheit mit dem status quo zum Ausdruck bringen. Neu daran ist, dass diese Kritik von Personen geäußert wird, die selbst aktiv auf die eine oder andere Weise an der Ausgestaltung der Erinnerungskultur beteiligt sind, also nicht zu den Fundamentalkritikern zählen, die es natürlich auch immer gab und die das Projekt eines selbstkritischen Umgangs mit der schwierigen Vergangenheit grundsätzlich ablehnen. Kritisiert wird unter anderem, dass die Erinnerungskultur in Deutschland erstarrt sei, nur noch vertraute Bilder reproduziere und ritualisiere und damit ihr aufrüttelndes Potential verloren habe. Die Rede ist auch vom wohlfeilen Gedenken, in dem sich die Deutschen eingerichtet hätten und mit dem sie nur noch ihr vermeintliches Besser-Sein bestätigten.

Ist diese Kritik berechtigt und sind diese Ängste gerechtfertigt? Vielleicht – aber nur dann, wenn wir uns mit der deutschen Nabelschau begnügen und nicht

wahrnehmen, dass sich inzwischen neue, nämlich transnationale Räume des
Erinnerns und der Auseinandersetzung mit der Geschichte eröffnet haben. Lange
Jahrzehnte waren unsere Erinnerungskulturen eine nahezu ausschließlich
nationale Angelegenheit, aber die veränderten politischen und gesellschaftlichen
Rahmenbedingungen ermöglichen es uns nun, über die Fragen der Deutung der
Vergangenheit in einen transnationalen Dialog einzutreten. Und dieser Dialog ist
keineswegs starr und überflüssig geworden, sondern er hat – insbesondere
zwischen West- und Osteuropa – gerade erst begonnen. Wir haben insgesamt
noch viel zu wenig voneinander erfahren, und sollten uns zunächst darauf
einlassen, die unterschiedlichen und mannigfaltigen, auch konkurrierenden,
widersprüchlichen und antagonistischen Erinnerungen an die Gewaltgeschichte
des 20. Jahrhunderts auszutauschen und die vielfältigen, damit verbundenen
Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen. Dazu werden wir in den kommenden
Tagen Gelegenheit haben. In diesem Sinne wünsche ich uns einen spannenden
und erfolgreichen Auftakt zu den Themenjahren im deutsch-russischen
Jugendaustausch.